

Umfrage zeigt: Berliner Vertragsärzte misstrauen ihrer KV

NAV-Virchow-Bund fordert gravierende Reformen für die ärztliche Selbstverwaltung – bundesweit

Medical-Tribune-Bericht

BERLIN – Der NAV-Virchow-Bund Berlin-Brandenburg ruft auf zum Aufstand gegen die Spitze der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin. Der Wahlkampf ist eröffnet.

Schon seit Jahren brodeln es in der Berliner Vertragsärzteschaft. Schuld sind Grabenkämpfe der Ärzteverbände innerhalb der Vertreterversammlung (VV) der KV, zwischen Haus- und Facharztverbänden, aber vor allem ein Herrschen „nach Gutsherrenart“ seitens des KV-Vorstandes. Zumindest bezeichnet der NAV-Landesvorsitzende Dr. MATHIAS COORDT das Agieren von Dr. Angelika Prehn, Dr. Uwe Krafel, und Burkhard Bratzke mit diesen Worten. Ein ausreichendes Mitbestimmen der ambulanten Versorgung sei so nicht möglich, beklagt

Dr. Coordt. Auch die Kontrollmöglichkeiten der VV hält er für eingeschränkt. Wirtschaftsprüfer sollen dies bestätigt haben.

Eine Umfrage im Auftrag des NAV unter Berliner Vertragsärzten (786 Rückläufer) offenbart, wie verfahren die Lage inzwischen ist. 83 % der Befragten sind mit der Arbeit des KV-Vorstandes unzufrieden. 87 % halten die Kontrolle des Vorstandes durch die VV für nicht ausreichend. Zwei

von drei Ärzten bezweifeln auch, dass die Honorarverteilung ordnungsgemäß vonstatten geht.

Brüllen, Rücktritte, Verlassen der Sitzungen aus Protest und Strafanzeigen behindern die Arbeit der VV. Ein Eklat folgt dem anderen. Dr. Coordt sitzt derzeit für die Hausarzt-Liste in der VV. Für ihn ist klar: „Der Vorstand der KV muss abgelöst werden, er macht seine Arbeit nicht gut.“ Der Landesverbands-

chef verwies auf ein NAV-Positionspapier zur Reform des Systems der KVen. „Eine Debatte um das Selbstverständnis und die Struktur der Selbstverwaltung sei unumgänglich“, heißt es hier. Auch eine Professionalisierung und Klärung des Rollenbildes der KV-Vorstände wird thematisiert. Dr. Coordt fordert für Berlin einen hauptamtlichen KV-Vorstand, „der seine ganze Kraft der ärztlichen Selbstverwaltung widmet

und nicht 13 Stunden pro Woche in der eigenen Praxis arbeitet“. Der Vorstandsvorsitz solle öffentlich ausgeschrieben werden. Coordt verwies auf andere Bundesländer, die dies bereits so umsetzen.

Gutes Handeln betreffe bei einem Unternehmen wie der KV Berlin mit einem Honorarumsatz von 1,5 Mrd. Euro auch die Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex des Bundes, also der Grundsätze guter Unternehmensführung, mahnte der Landesvorsitzende. Er erinnerte an die umstrittene Auszahlung eines Übergangsgeldes an den Vorstand, die im Herbst vor Gericht verhandelt wird. Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft: Untreue. Neun von zehn Befragten sehen durch die umstrittene Auszahlung von Übergangsgeldern an den Vorstand (2011) das Ansehen der Berliner Ärzte beschädigt. kol

Selbstverwaltung steht unter Druck – „Staatskommissar“ könnte übernehmen

Der Vorstand der KV Berlin zeigt sich von der Umfrage des NAV nicht beeindruckt. Sie sei nicht repräsentativ, gerade einmal gut 10 % der Befragten hätten geantwortet. Es sei „Wahlkampfgetöse“. Allerdings liegt der Verband mit Forderungen nach Reformen nicht falsch, wie die derzeitigen Probleme der Kassenärztlichen Bundesvereinigung deutlich machen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen elf KBV-Verantwortliche wegen des Verdachts der Untreue.

Der Ruf nach mehr Kontrolle der Selbstverwaltung wird immer lauter. In der ersten Reihe Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe. Die KBV-Führung und die Vertreterversammlung sind längst dabei, die Vergangenheit aufzuarbeiten. Ob sie den politischen Druck auf Dauer kontern können, wird sich zeigen. KBV-Chef Dr. Andreas Gassen ist zuversichtlich. Er hat keine Angst vor dem „Staatskommissar“, der nach § 79a SGB V die Geschäfte übernehmen könnte. kol

27.5.16